

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Grunpferstraße 7,
sowie durch Ausdräger zu beziehen.
Preis pro Woche 30 Pf.
Monat 1,20 Mk.
3 Monate 3,60 Mk.
Durch die Post bezogen 3,75 Mk.
Preis in Cassa 4,12 Mk.
Im Jahre 1918 4,56 Mk.

Volkswacht

für Schlesien und „Liegnitzer Volkszeitung“.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Angabe des Preises beträgt für
die einjährige Abnahme ab dem
Raum für Breslau a. S. 12
30 Pf., für den Rest des Reichs
35 Pf., für den Rest des Reichs
40 Pf., für den Rest des Reichs
45 Pf., für den Rest des Reichs
50 Pf., für den Rest des Reichs
55 Pf., für den Rest des Reichs
60 Pf., für den Rest des Reichs
65 Pf., für den Rest des Reichs
70 Pf., für den Rest des Reichs
75 Pf., für den Rest des Reichs
80 Pf., für den Rest des Reichs
85 Pf., für den Rest des Reichs
90 Pf., für den Rest des Reichs
95 Pf., für den Rest des Reichs
1,00 Mk., für den Rest des Reichs

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 61.

Breslau, Mittwoch, den 13. März 1918.

29. Jahrgang.

Der Kammerherr und Wucherer.

Vom Sädenähen der Kriegerfrauen.
Statt 80 nur 42 Pfennige.

Neben den famosen Daimler-Werken, die im Bucher bei Heereslieferungen durchaus nicht allein dastehen, wurde schon dieser Tage der Kammerherr der Kaiserin, Vorsitzender der Augusta-Viktoria-Stiftung, von Behr-Pinnow, als erfolgreichster Kriegswucherer genannt. Die Einzelheiten, die jetzt bekannt werden, lassen die Person des adligen Millionenschleibers besonders sympathisch erscheinen. Auf Kosten der armen Kriegerfrauen, die Säde nähen mußten, hat er seine Millionen verdient, und die Schnelligkeit, mit der es geschah, soll demnächst den Strafrichter beschäftigen. Er hat es gar zu toll getrieben, sodas er sich selbst das Grab grub — wie viele andere ähnliche Ausbeuter laufen noch im Schmutz ihrer Titel und Orden und im Besitze ihrer zusammengewucherten Millionen unangestastet herum?

Mit einem „wohlthätigen“ Werke für arme Frauen leitete der Kammerherr seine Schiebungen ein. Wie dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt wird, hat er den Millionenauftrag auf die Lieferung von Säden vom Kriegsministerium hauptsächlich deshalb erhalten, weil er angeregt und sich verpflichtet hatte, die Näharbeiten nicht durch irgendwelche „wahlos eingestellte Arbeiterinnen“ herstellen zu lassen, sondern vielmehr in erster Linie oder ausschließlich die Kriegerfrauen zu beschäftigen. Die armen Kriegerfrauen, nur sie, wollte er mit seinen Geschäften glücklich machen. Deshalb hatte sich auch das Kriegsministerium bereit finden lassen, den üblichen Stücklohn von 42 auf 80 Pfennige für den Sad zu erhöhen. Herr v. Behr-Pinnow hat aber tatsächlich allen seinen Heimarbeiterinnen nur 42 Pf. bezahlt. Er gründete, wie das so üblich ist und um das Geschäft glatt zu machen, eine „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“. Aus wem bestand sie? Aus ihm selbst, einer Frau Legationsrat Rose und einer dritten, noch nicht genannten Person, Gehilfin war seine Gattin, die nebenbei 30 000 Mark für ihre Bemühungen erhielt. Das Kapital, das in die Gesellschaft eingelegt wurde, sollte 100 000 Mark betragen, tatsächlich eingezahlt wurden aber nur 25 000 Mark. Mit diesen tatsächlich nur vorhandenen 25 000 Mark hat die „Gesellschaft“ nun innerhalb eines Zeitraumes von knapp neun Monaten 4 630 000 Mark verdient. In diesen Millionen sind aber nicht enthalten 30 000 Mark, die die Gattin des Kammerherrn von Behr-Pinnow und 20 000 Mark, die Frau Legationsrat von Rose für „besondere Bemühungen“ erhielten, sowie 75 000 Mark, die an eine Reihe anderer Persönlichkeiten für Provision und dergleichen gezahlt worden sind. Von den 4,6 Millionen ist rund die Hälfte für Kriegsgewinnsteuer abgegangen, daraus kann man schon sehen, wie das Geld zusammengerastet worden ist.

Wahrlich — ein unübertreffliches Bild! In ihren engen, halbhalten Wohnungen sitzen die armen Kriegerfrauen über der schweren, meist auch schmutzigen Arbeit des Sädenähens, Stunde um Stunde schufte sie bis tief in die Nacht hinein, bis die Finger ihnen zittern und das Auge zufällt, aber in ihrem Rachen liegt wie ein Bamboer der Kriegswucherer, der Herr mit Titeln und Würden, der Wohlthäter obendrein, von jedem Stiche zieht er seinen Tribut, mit jeder Stunde, die sie länger schufte, schwillt der Geldsack seiner Millionen an, steigt sein Name und sein Ruf. Sie zählt mit zitternden Händen die paar Pfennige, die sie für die schwere Arbeit erhielt, sie bangt um den Tropfen Petroleum, der ihr die Nacharbeit ermöglichen muß, sie steht im Schneetreiben um den halben Zentner Kohlen, damit ihr bei der Arbeit die Hände nicht erstarren — im Hause des Kammerherrn wird es immer behaglicher und reicher, hier brennen elektrische Kronen, hier strömt behagliche Zentralheizung durch den Raum, hier sammelt man neue Millionen vom Schweiß und Blut der Armen!

Den einen hat das Schickal erreicht, fragt euch nun, wie viele noch herumlaufen, die schlau genug waren, ihren Gewinn in „gesetzlichen Grenzen“ zu halten oder sich nicht ertappen zu lassen. Herr von Behr, der Kammerherr, wollte sich, als er sich durchschaut sah, mit 500 000 Mark Abfindung freilaufen. Man war auch bereit dabei, ihn laufen zu lassen, als Reichstagsabgeordnete sich dagegen ins Mittel legten. Wenn er jetzt vor den Richter kommen sollte, dann

wird er betweilen, daß er es nicht allein so getrieben! Die andern sind nur vorsichtiger, aber nicht besser gewesen!

Die Brüder Philippi.

Der dritte Fall.

Der Versuch, es so darzustellen, als ob die Fälle Daimler und von Behr allein dastehende Ausnahmefälle seien, ist schon dieser Tage durch einen Kriegsgewinn-Standard widerlegt worden, der vor der Wiesbadener Strafkammer verhandelt worden ist. Die beiden Inhaber der Holzgroßfirma Philippi waren angeklagt, sich bei Lieferungen von bearbeitetem Holz an die Heeresverwaltung unzulässige Vorteile beschafft zu haben. Die Firma erhielt in den ersten Kriegsjahren vom Militäramt Mainz Aufträge im Betrage von 26 Millionen Mark. Ein dritter Bruder der beiden Firmeninhaber hatte in seiner Eigenschaft als Hauptmann und Vorsteher des Pionierheeresports Mainz Gelegenheit, die Offiziere einzusehen. Er teilte die angebotenen Preise seinen Brüdern mit, die sich mit ihren Offizieren danach richteten, und verschaffte der Firma Philippi so unrechtmäßig Heeresaufträge, wofür er Prozente bezog. Außerdem wurden unter seiner Mitwirkung die Preise der Firma Philippi unter der Hand erhöht. Dem Militärgericht wurde der Hauptmann Philippi zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Seine beiden Brüder wurden von der Strafkammer Wiesbaden freigesprochen, weil die Sachverständigen die ungeheuren Gewinne der Firma Philippi als normal bezeichneten. Diese Sachverständigen machen zum Teil selbst in Heereslieferungen und gegen den einen Sachverständigen schreibt sogar ebenfalls ein Strafverfahren. Ein famoser Zustand: Die Kriegswucherer bekämpfen einander vor Gericht, daß sie keine Wucherer sind, und das Gericht kommt auf Grund solcher Sachverständigenausagen zu Freisprechungen.

Daß diese Standale keine Ausnahmefälle darstellen, zeigt sich weiter deutlich an den Kursbewegungen am Sonnabend an der Berliner Börse. Die Aktien fast sämtlicher großer Nahrungsfirmer haben einen ungeheuren Preisrückgang erlebt. Die Kriegsgewinnler sind für den Augenblick bedrängt. An ein Aufstehen des Kriegswuchers ist deshalb noch nicht zu denken. Er wird, darin hat die „Leipziger Volkszeitung“ recht, so lange dauern, wie der Krieg andauert. Der Kriegswucherer gehtet zum Kriege, das merken wir täglich bei jedem Blitzen, den wir zu uns nehmen. Er ist untrennbar verbunden mit der „großen Zeit“, die man einst in tapferen Liebern bejungen hat.

Die Barone und die Herzogskrone.

Noch gestern wurde in der deutschen Presse behauptet, von dem Angebot der kurländischen Herzogskrone sei in Berlin nichts bekannt. Heute wird das gestern Bekannte recht auffällig bekannt gemacht. Die im kurländischen Landesrat versammelten baltischen Barone haben tatsächlich am 8. März einstimmig beschlossen:

1. Dem Kaiser und König zu bitten, die Herzogskrone Kurlands anzunehmen.
 2. Dem Wunsch Ausdruck zu verleihen, den Absicht von Konventionen, betreffend das Militär, Zoll-, Verkehrs-, Bahn-, Münz- und Gewerkswesen und anderer Verträge Kurlands möglichst eng an das Deutsche Reich anzuschließen.
 3. Die Hoffnung auszudrücken, daß das ganze Baltensland zu einer staatlichen Einheit im Anschluß an das Deutsche Reich zusammengefaßt werde.
- Der Antrag um Abendung eines Fußbündeltelegramms an den Kaiser fand ebenso einstimmige Annahme; bezuglich der Antrag, eine viergliedrige Abordnung nach Berlin zu senden, um dem Herrn Reichskanzler den Beschluß persönlich zu überreichen.

Wozu immer bemerkt werden muß, daß im kurländischen Landesrat nur die großen Gutsherrn der Kurlands, die fünf Prozent der Bevölkerung ausmachen, vertreten sind, nicht aber die 95 Prozent der lettischen Bevölkerung des Landes.

Berlin, 12. März. Generalfeldmarschall von Hindenburg wollte am 12. März zu Besprechungen in Berlin. Bei den Besprechungen mit ihm soll es sich nach dem „Volkswacht“ in erster Linie um Erörterungen von Fragen handeln, die mit dem Friedensschluß mit Rußland in Zusammenhang stehen. Auch dürfte das gegenwärtige Stadium der Verhandlungen

in Bukarest zu einer Aussprache der Obersten Heeresleitung mit der Reichsleitung geführt haben. Der Präsident der rumänischen Regierung, Sabin Zujurb, wurde von Hindenburg und von dem Staatssekretär von dem Auswärtigen empfangen.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ fand Dienstag nachmittag auch eine interfraktionelle Besprechung der Mehrheitsparteien des Reichstages statt. Abends wurden die Parteiführer und das Präsidium des Reichstages vom Reichskanzler empfangen. Es handelte sich um die sogenannten Dräfragen, ferner um die neue Kreditvorlage und die bevorstehende Kriegsanleihe.

Fliegerangriff auf Neapel.

Berlin, 12. März. (Antik.) Marineinfanteriekräfte haben in der Nacht vom 10. zum 11. März Feueranlagen und militärische Einrichtungen von Neapel, sowie die Eisenwerke von Sagnoli ausgiebig und wirkungsvoll mit Bomben belegt.

Stallencher Bericht.

Am 11. März. (Agenzia Stefani.) In der letzten Nacht griffen feindliche Flugzeuge gegen 1 Uhr die Stadt Neapel an und warfen im ganzen etwa 20 Bomben, die fast alle das Innere der Stadt trafen, ohne daß militärischer Schaden angerichtet worden wäre. Unter der Zivilbevölkerung sind einige Opfer zu beklagen, darunter sieben Frauen des Schwefelwerkstoffes Airo Mirelli. Die Bevölkerung verhielt sich überall ruhig. Der Bürgermeister hat sich bewährt.

Der ostdeutsche „Volkswacht“ nennt den Angriff deutscher Marineinfanteriekräfte auf Neapel „verblüffend“. In Stallen scheint man von dem Befehl über die jählichen Spitze der Halbinsel so überrascht worden zu sein, daß man nicht einmal feststellen konnte, welcher Art die Angreifer waren.

Amerikas Sympathie für Rußland.

Hilfe für die Zukunft.

Washington, 11. März. (Reuters.) Präsident Wilson hat an den amerikanischen Konsul in Moskau folgende Depesche geschickt:

Ich möchte die Gelegenheit des Zusammentritts des Kongresses der Sowjets ergreifen, um die aufrichtige Sympathie des Volkes der Unionstaaten in dem Augenblick auszudrücken wo die deutsche Macht sich einbrachte, um den Kampf für die Freiheit zu unterbrechen und um seinen Erfolg zu bringen, sowie die Wünsche Deutschlands an Stelle der Ziele des russischen Volkes zu setzen. Unglücklicherweise ist die Regierung der Unionstaaten jetzt nicht in der Lage, unmittelbare wirksame Hilfe zu leisten, aber sie würde wünschen, diese Hilfe zu erweisen. Ich möchte dem russischen Volke durch den Kongress die Gewissheit geben, daß die Regierung der Unionstaaten jede Gelegenheit benutzen wird, um Rußland noch einmal vollkommene Souveränität und Unabhängigkeit in seinen eigenen Angelegenheiten zu sichern und ihm wieder zu seiner großen Rolle im Leben Europas und der modernen Welt in vollem Umfange zu verhelfen. Das Volk der Unionstaaten nimmt mit ganzem Herzen an dem Veruche des russischen Volkes teil, sich von jeder alten autokratischen Regierung zu befreien und Herr seines eigenen Landes zu werden.

Der Sinn des ganzen ist natürlich der: Wilson wendet sich scharf gegen die deutsche Doppelpolitik und „Rundstaatenbefreiung“ und sagt den Russen amerikanische Hilfe zu, wenn sie später noch einmal den Versuch machen sollten, sich davon zu befreien.

Die Sowjets für den Frieden.

Moskau, 12. März. „Rusland“ meldet aus Moskau, der Sowjet von Moskau habe die Ratifizierung des Friedensvertrages mit den Mittelmächten mit ungetrübter Mehrheit angenommen. Dieses Abstimmungsresultat lasse auf sicheren Erfolg der Volkskommission der Regierung auf dem Sowjet in Moskau schließen.

„Journal“ berichtet, der Ausschuss in Moskau sei auf die Ausführungen des Reichskanzlers in Berlin, der in Moskau die Gründe für die Ablehnung des Friedensvertrages mit den Mittelmächten erklärte, sehr empört. Der Ausschuss hätte 110 auf dringliche Anfrage ein Schreiben für die Ratifizierung gegeben. Der Ausschuss hätte dem Reichskanzler die Annahme der Friedensbedingungen für die vollkommene Desorganisation der russischen Arme, die jeden Widerstand vergeblich gemacht hätte.

Der Korrespondent des „Volkswacht“ erzählt aus Petersburg vom 10. März. Ich habe, daß Moskau in der Handen der anachronischen Parteien ist, gegen die die Bolschewiki einen harten Kampf werden führen müssen. Es ist auch zweifelhaft, ob es den Petersburger Bolschewiki gelingen wird, Moskau zu erreichen. Glauben verdient die Nachricht nicht.

Neue Reichstagswahlkreise und Verhältniswahl.

Der dem Reichstag zum mehr vorliegende Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenlegung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen ist gestern zur ersten Beratung gekommen. Er sieht, wie schon bemerkt, eine Vermehrung der Reichstagsmitglieder von 397 auf 441 vor. Von den zu schaffenden neuen Mandaten sollen entfallen auf Preußen 31, und zwar auf Berlin und Umgebung 12 und auf Schlesien 3.

Diese 44 neuen Abgeordneten werden 26 neu zu bildenden Wahlkreise, die im ganzen 80 Abgeordnete im Wege der Verhältniswahl wählen sollen, zugeteilt. Es sollen zunächst die Stadtgebiete Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., München und Dresden, sowie das hamburgische Staatsgebiet je einen Wahlkreis bilden. Das Stadtgebiet Breslau umfaßt die beiden bisherigen Breslauer Wahlkreise und einen Teil des Wahlkreises Breslau-Neumarkt mit 24887 Einwohnern, nämlich die eingemeindeten Vororte Bodelschwinger, Gräbichen, Kleinburg, Herdain, Müggelsee usw. Ähnlich liegt es bei Frankfurt a. M., München, Dresden.

Während bei diesen Städten die nicht zum Stadtgebiet gehörenden Teile der Nachbar-Wahlkreise abgetrennt werden und nach dem bisherigen Mehrheitswahlrecht ihre Abgeordneten wählen sollen, bleiben bei den Wahlkreisen Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Duisburg, Hannover, Leipzig und Stuttgart die ländlichen Bestandteile mit den Stadtgebieten vereinigt und wählen mit diesen gemeinsam im Wege der Verhältniswahl, zum Beispiel wird Leipzig-Stadt und Land zusammengelassen und wählt 4 Abgeordnete statt bisher 2.

Schließlich wird die Verhältniswahl noch vorgesehener für die durch die Heraushebung des Stadtbezirks Berlin unweitlich verkleinerten Wahlkreise Niederbarnim und Teltow-Beeskow sowie für die unverändert bleibenden Wahlkreise Königssee, Hindenburg, Kiel, Reddinghausen, Bochum, Dortmund, Nürnberg, Chemnitz, Mannheim, Bremen.

Die Einwohnerzahl der so zustande kommenden Verhältniswahlkreise nach der längst überholten Volkszählung von 1910 und die Zahl der diesen kreisen im einzelnen zugeordneten Abgeordneten ergibt sich aus folgender Uebersicht:

| Wahlkreis | Einw. | Abg. | Wahlkreis | Einw. | Abg. |
|--------------|-----------|------|-----------------|---------|------|
| Berlin | 2 071 257 | 20 | Düsseldorf | 448 648 | 2 |
| Teltow | 1 315 360 | 7 | Reddinghausen | 444 100 | 2 |
| Hamburg | 1 014 664 | 4 | Hindenburg | 419 790 | 2 |
| Bochum | 764 774 | 4 | Frankfurt a. M. | 414 578 | 2 |
| Leipzig | 763 689 | 4 | Königssee | 413 786 | 2 |
| Köln | 671 220 | 3 | Hannover | 407 600 | 2 |
| Duisburg | 619 800 | 3 | Kiel | 370 358 | 2 |
| München | 608 124 | 3 | Chemnitz | 368 786 | 2 |
| Dortmund | 598 058 | 3 | Nürnberg | 357 141 | 2 |
| Essen | 562 507 | 3 | Stuttgart | 340 564 | 2 |
| Dresden | 551 697 | 3 | Elberfeld | 339 409 | 2 |
| Niederbarnim | 529 070 | 3 | Bremen | 299 536 | 2 |
| Beeskow | 511 947 | 3 | Mannheim | 286 635 | 2 |

Die Begründung zur Abweisung der allgemeinen Verhältniswahl ist überaus schwach. Findet der Entwurf Annahme, so haben wir zweierlei Abgeordnete, nicht nur mit Bezug auf das Wahlverfahren, sondern vor allem mit Bezug auf das Stimmengewicht, über das sie verfügen. Der aus der Einermwahl hervorgehende Abgeordnete würde im Durchschnitt 137 000, der aus der Verhältniswahl hervorgehende im Durchschnitt 181 000 Einwohner vertreten. Eine neue Volkszählung würde einer noch größeren Unterschied feststellen.

Die Regierung kann sich jedoch darauf stützen, daß vorläufig im Reichstag noch keine Mehrheit für die allgemeine Verhältniswahl vorhanden ist. Aber die Regierung hat sich nicht einmal an den Beschluß gehalten, den der Reichstag am 6. Juli 1917 gefaßt hat. Der Reichstag wollte, daß die Wahlkreise mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden, eine Vermehrung der Mandate unter Einführung der Verhältniswahl erhalten. Die Regierung erklärt, sie habe diesem Beschluß nicht in vollem Umfang folgen können. Sie hat sich dafür auf dem Gebiet der Wahlkreisgeometrie verstanden. Sie scheidet nicht nur den bürgerlichen Parteien in einer Anzahl Wahlkreise mit starken sozialdemokratischen Mehrheiten Minderheitsvertretungen, während sie die sozialdemokratischen Minderheiten in den Einermwahlkreisen unvertreten läßt, sie beschneidet auch eine Reihe von Kreisen, die Einermwahlkreise bleiben sollen, dermaßen, daß ihre bisherige sozialdemokratische Vertretung ins Wasser kommt. Der völligen Angleichung dieser Wahlkreise an die benachbarten neuen Verhältniswahlkreise geht sie aus dem Weg, obgleich dadurch Verhältniswahlkreise mit nur zwei Vertretern zustande kommen, in denen der Proporz nicht seine Vorgänge, sondern nur seine Schattenreife entfalten kann.

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung vom 12. März, 2 Uhr.

Zur Tagesordnung: Wahlkreise.

Schweinfurt. Dr. Baaske hat das Mandat des verstorbenen Abg. Staße (U. S.) bei einer der letzten Sitzungen des Reichstages war und ihm seit 1881 angehört hat.

Abg. Staße (U. S.) hat, daß eine Beschäftigung der neuen Reichstagsmitglieder durch die Reichstagsverwaltung nicht vorzunehmen ist. Es handelt sich um eine Regelung der Angelegenheit der Reichstagsverwaltung im Interesse der Reichstagsverwaltung.

Abg. Staße (U. S.) hat, daß eine Beschäftigung der neuen Reichstagsmitglieder durch die Reichstagsverwaltung nicht vorzunehmen ist. Es handelt sich um eine Regelung der Angelegenheit der Reichstagsverwaltung im Interesse der Reichstagsverwaltung.

Abg. Staße (U. S.) fragt an, ob dem Wunsche der Bauwirtschaft entsprechen werden könne, daß ihnen für das zu leistende Brotgetreide eine entsprechende Menge selbstgezeugter Gerste befreit werden könne.

Unterstaatssekretär v. Braun: Die reiflose Befreiung der Gerste würde außerordentlich erschwert werden, es ist daher unmöglich, den Wunsch zu erfüllen.

Abg. Müller (Soz.) lenkt die Aufmerksamkeit auf ein Mandatschreiben des Reichsverbandes für Herren- und Damenbekleidung, nach dem die Reichsbekleidungsstelle dem großen Mangel an Oberbekleidung

für die minderbemittelte Bevölkerung dadurch abhelfen will, daß sie anstelle der Beschaffung von Herren- und Damenbekleidung in den Geschäften dem Verbands die Verpflichtung zur Lieferung von 25 000 Anzügen auferlegt und den Abkäufern gestattet habe, Zuschläge bis 50 Prozent zu erheben. Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Der Inhalt dieses Mandatschreibens entspricht nicht den Tatsachen, vielmehr ist bei den Verhandlungen der Reichsbekleidungsstelle mit diesem Verbands ausdrücklich mitgeteilt worden, daß sich der Zuschlag ganz wesentlich unter 50 Prozent halten müsse.

Abg. Raubal (Soz.) wies auf eine Verordnung des Stellvertretenden Generalkommandos für das 8. Armeekorps hin, nach dem die Bestimmungen des Pflichtabfertigungsgesetzes auch auf jugendliche männliche Personen im Alter von 14 bis 17 Jahren Anwendung finden können.

Major v. Braun: Die Verordnung knüpft nur an gewisse Bestimmungen des Pflichtabfertigungsgesetzes an. Eine Ausdehnung des Pflichtabfertigungsgesetzes über die untere Altersgrenze hinaus und insbesondere eine zwangsweise Pranzierung jugendlicher Arbeiter ist nicht beabsichtigt. Rechtliche Bedenken gegen die Verordnung bestehen aber nicht.

Abg. v. Staße (Soz.) wendet sich gegen das Verhalten der dänischen Rettungsgesellschaft gegenüber dem deutschen

Prinzipal „Jagst Meind“

und verlangt, daß gegen dieses, den Grundregeln des Völkerrichts und einer loyalen Neutralität widersprechende Verfahren der dänischen Regierung Einspruch erhoben wird.

Ein Vertreter des auswärtigen Amtes erwidert, daß die deutsche Regierung sofort in Kopenhagen vorstellig geworden sei. Sie zweifelt nicht, daß die dänische Regierung die Freilassung der internierten Mannschaft anordnen und ihre Abreise nach Deutschland gestatten wird. Die dänische Antwort wird heute oder morgen in Berlin erwartet.

Auf der Tagesordnung steht dann das

Gesetz über die Neuumschreibung des Reichstags.

Die Vorlage ist oben des Näheren erläutert.

Staatssekretär v. Ballraf

empfiehlt die Vorlage. Ursprünglich kamen auf jeden Wahlkreis durchschnittlich 100 000 Einwohner. Gegenwärtig beträgt die Durchschnittszahl 163 500. Unter diesem Durchschnitt liegen 277, darüber 122 Wahlkreise. Sollte man auf die alte Seelenzahl von 100 000 zurückgreifen, so würden wir zu rund 700 Abgeordneten kommen, eine Zahl, die wohl doch zu groß ist. Die Vorlage beschränkt sich deshalb darauf, die Zahl der Abgeordneten nur in den ganz großen Wahlkreisen zu vermehren. Sollte man an dem Grundgedanken festhalten, daß jeder Wahlkreis nur einen Abgeordneten wählt, so würden die großen Städte in neue Wahlkreise zerlegt werden müssen. Jede Neuverteilung aber würde einen willkürlichen Charakter haben, deshalb beschränkt sich die Vorlage darauf, in den großstädtischen Wahlkreisen die Verhältniswahl einzuführen. Diese hat Vorteile und Nachteile. Der Grundgedanke, auch den Minderheiten eine Vertretung zu geben, ist gut, aber hier gilt das Wort, daß sich, wie im Raume, hart die Sachen stoßen. Vor allem ist die Verhältniswahl schwieriger als die Mehrheitswahl. Welche politischen Folgen die Reform haben wird, läßt sich noch nicht übersehen. Das muß erst die Zukunft lehren.

Abg. Raubal (Soz.):

Die Vorlage ist ein Stück Neuorientierung, und wir begrüßen sie. Da eine allgemeine Neuverteilung der Wahlkreise abgelehnt wird, ist sie ein glückliches Ausfallsmittel, wenigstens in den großen Städten durch Einführung der Verhältniswahl neue Verhältnisse zu schaffen. Die in den großen Städten zusammengeballten Wählermassen, die vielfach ein stilles Element darstellen, können es nicht aushalten, wenn durch die Verhältniswahl gegenüber ihrem Druck ein Gegengewicht geschaffen wird. Ohne die Verhältniswahl würden diese Mandate fast ausschließlich einer Partei zugute kommen, während wir hier doch die Stimmung aller Volksschichten kennen lernen wollen. Wir wollen das Gesetz schnell erledigen und damit für die Erledigung der preussischen Wahlrechtsvorlage ein gutes Beispiel geben.

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.):

Die Vorlage bringt zum ersten Mal eine einschneidende Aenderung des Reichstagswahlrechts und ist zweifellos von großer Tragweite in politischer Beziehung. Ich kann sie aber nicht so günstig beurteilen, wie mein Vorredner. Statt einer wirklich großangelegten Reform bekommen wir eine Teilreform die beschränkt ist, mit einer Fülle sehr fragwürdiger Bestimmungen. Einen guten und gerechten Grundgedanken bringt sie in einer solchen Form zum Ausdruck, daß wir das ganze nur als sehr unzureichend und unbefriedigend bezeichnen müssen. (Sehr wahr! U. S.) Eine allgemeine Reform wäre durchaus möglich. Man sagt, mitten im Kriege dürfe man keine großen Parteikämpfe hervorrufen. Aber das selbe haben wir in Preußen immer gehabt und schließlich ist man doch auch dort zu einer besseren Erkenntnis gekommen. Gerade jetzt nach dem großen Erlebnis dieses Weltkrieges wäre es eine Pflicht der Reichsleitung und des Reichstages, die volle Gleichberechtigung der deutschen Staatsbürger auch auf dem Gebiete des Reichstagswahlrechts zur Durchführung zu bringen. (Sehr wahr! U. S.) England hat im Kriege eine Wahlreform getroffen, die bis auf 6 Millionen der weiblichen Bevölkerung das Wahlrecht brachte, durchgeführt. (Hört, hört!) Durch die Vorlage aber bleibt der pharisäische Charakter der Reichstagswahlkreiseinteilung, der durch die immer wachsende Ungleichheit der Bevölkerungszahl in den Wahlkreisen entstanden ist, auch in Zukunft in großem Umfang erhalten. Berlin, das an Umfang so groß ist wie die Provinz Ostpreußen, wird nach dem neuen Gesetz nur 10 Abgeordnete in den Reichstag entsenden können, die Provinz Ostpreußen dagegen 17. (Hört, hört!) Das Proportionalwahlrecht will die Vorlage nicht etwa als gutes und gerechtes Prinzip, sondern lediglich als politisches Ausfallsmittel. Die ganze Art, wie sie die Verhältniswahl nur für einen Teil der Großstädte einführt, hat offensichtlich eine Spitze gegen die Arbeiterklasse. (Sehr wahr! U. S.) Ein weiterer Mangel der Vorlage ist die Schädigung der Arbeiterklasse in den Reichstagswahlkreisen, von welchen industrielle Zelle abgeschnitten und mit benachbarten Städten verbunden sind.

Der Verfassungsausschuß wird als erstes prüfen müssen, ob die Neuverteilung nicht mindestens auf alle Wahlkreise, die schon 1910 200 000 Einwohner hatten, ausgedehnt werden soll, wenn dadurch auch die Zahl der Reichstagsmitglieder auf 100 steigen sollte.

Alles in allem bedeutet die Vorlage eine Aenderung des bisherigen Unrechts des Reichstagswahlrechts gegen die großen Städte und sie führt das neue Prinzip der Verhältnis-

wahl ein. Freilich, neue Mängel und Benachteiligungen muß sie befechten. Ihre endgültige Stellungnahme behalten meine Freunde sich vor. Aber selbst, wenn das Gesetz in verbesserter Form zustande kommt, so können wir es nur als ein Provisorium betrachten, als einen Anfang, als einen Schritt auf dem Wege, auf dem in Zukunft weiter marschieren werden muß. (Bravo! U. S.)

Abg. Dr. Müller-Meintzen (Soz.):

Wir stehen der Vorlage sympathischer gegenüber als der Vorredner. Dieser erste Erfolg der Arbeiten des Verfassungsausschusses muß gelingen. Die Vorlage ist ein Provisorium, ein Notgesetz bis zu einer allgemeinen Neuverteilung der Wahlkreise. Das bisherige territoriale Pluralwahlrecht mit seinen krassen Ungleichheiten mußte auf die breiten Massen des Volkes geradezu aufreizend wirken. (Sehr richtig! links.) Ueber den Umfang der Vermehrung läßt sich reden. Schließlich wird jedes Wahl den Charakter der Willkürlichkeit tragen, jedenfalls sollten sich zunächst einmal die schlimmsten Ungerechtigkeiten beseitigt werden. Wir dürfen den kleinen Fortschritt nicht durch unerreichbare Forderungen, wie das Frauenwahlrecht, gefährden. Die Reichstagsmehrheit muß sich darüber einig sein, daß dieser erste Punkt ihres positiven Arbeitsprogramms nur durch weise Beschränkung auf das jetzt Mögliche erreicht werden kann. (Beifall U. S.)

Abg. Dr. Jant (natl.):

Das Gesetz ist eine bloße Erfüllung der Wünsche des Reichstages. Wie kann man behaupten, daß diese Vorlage arbeitserleichternd sei. Die Vorlage ist eine sehr geistreiche Arbeit. Sie ist auch nicht kompliziert. Wegen der Einführung der Verhältniswahl im ganzen Reich haben wir allerdings Bedenken. Der Ausschuß muß schnelle Arbeit machen, um einem anderen Wahlausschuß damit ein gutes Beispiel zu geben. Hoffentlich wird er das nicht als Einmischung in preussische Verhältnisse betrachten. (Weiterkeit.)

Abg. v. Bell (natl.):

Die Vermehrung um 44 Mandate hat uns sehr überrascht. Die politischen Parteilösungen werden an Macht und Einfluß bedeutend gewinnen, und die persönliche Führung der Abgeordneten mit seinen Wählern wird beeinträchtigt. Wegen einer Ausdehnung der Verhältniswahl auf das ganze Reich haben wir gewichtige Bedenken und sind mißtrauisch geworden durch die Worte des Reichsausschusses, wonach die Verhältniswahl in ihrer jetzigen Form die Probe sein soll auf die Durchführbarkeit im ganzen. Unsere Stellungnahme wird sich nach den Ergebnissen des Ausschusses richten.

Abg. Dr. Erdmann (U. S.):

Mit dem Zweck dieser Vorlage wollen wir nicht zu tun haben; er hängt zusammen mit den Kriegsziele. Immer wieder kommt uns der Gedanke, wie viel besser es gewesen wäre, wenn die deutschen Arbeiter die Hunderttausende von Opfern, die sie gebracht haben, im Frieden freiwillig gebracht hätten für die Erwerbung größerer Freiheiten. Die Vorlage ist unzulänglich. Nehmen wir sie ab, so bleiben wir bei sozialdemokratischen Politik frei.

Abg. Graf Posadowski (D. Fr.): Je größer die Zahl der Abgeordneten, desto geringer die Repräsentation der Medien in der Presse und in der Öffentlichkeit. Das Wahlgesetz muß grundsätzlich abgeändert werden. Der Reichstag darf nicht ausschließlich zu einer Vertretung der großen Städte werden.

Das Gesetz geht an den Verfassungsausschuß.

Es folgt die Novelle zum Postengesetz.

Bisher mußten für jede Uebersendung von einem Postschekkonto auf ein anderes 5 Pf. gezahlt werden. Diese Gebühr fällt jetzt weg. Dagegen wird künftig dem Empfänger für die Eingahlung eine Gebühr auferlegt, die bisher der Kontoinhaber zahlte.

Staatssekretär Raab begründet die Vorlage

Abg. Raubal (Soz.): Wird die Gebührenfreiheit aufgehoben, dann wird die Zahlungserfüllung in vielen Fällen schwerer auf die lange Bank geschoben. Empfehlenswert ist es auch, nicht 25, sondern bis zu 100 Mark für 5 Pf. zu befrdern.

Abg. Schulenburg (natl.): Bezüglich Aufhebung der Gebührenfreiheit für Postkonten sind meine Freunde geteilter Ansicht. Als dringend notwendig hat sich eine Vermehrung der Postämter erwiesen.

Abg. Siehr (Soz.): Der Postschekverkehr muß noch mehr den Verkehrsbedürfnissen angepaßt werden; auffallend ist die geringe Zahl der dem Postschekverkehr angeschlossenen Behörden.

Abg. von Braunsbach (natl.): Wir glauben, es wird damit der Schekverkehr noch bedeutend gehoben werden. Andere Fragen, so die Verzinsung der Guthaben sollten mit dieser Vorlage nicht verknüpft werden. Wir würden der Vorlage ohne weiteres zustimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Bogner (U. S.): Wir sehen in der Vorlage eine Verbesserung.

Die Vorlage geht an den Hauptauschuß.

Der Gehrentwurf über Kriegsausgaben der Reichsbank wird ohne Debatte dem Hauptauschuß überwiesen.

Schluß nach 6 1/2 Uhr; nächste Sitzung Mittwoch, nachmittags 2 Uhr. (Interpellation des Herrn v. Braunsbach, betreffend den gemischten Mittelstand.)

Parteiangelegenheiten.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion bestimmte in ihrer Sitzung am Dienstag die Rede zu einer Reihe Kapitel des Tages. Zum Etat des neuen Reichstags werden sprechen die Abgeordneten Dr. Sade-Lum, Koch und Schumann. Beim Reichsamt des Innern wird Abg. Hajenzahl die Untersuchungsfragen, Abg. Schulenburg die Fragen kultureller Art behandeln. Ueber die Novelle zum Schenkengesetz wird Abg. Bell, zum Postetat Abg. Raubal. Zu den Kriegsausgaben sprechen für die Fraktion Abg. Raab, zum Belagerungszustand Abg. Bauer-Breslau, zur Zensur die Abgg. Heine und Meerfeld.

Stadtverordnetenwahl in Rowates. Trotz aller Anstrengungen konnten in Teltow-Beeskow die Unabhängigen bei den Gemeindevahlen keine Erfolge buchen. Am Sonntag fanden nun in Rowates die Gemeindevahlen statt, auf deren Ausgang die Unabhängigen große Hoffnung setzten, jedoch schmerzhaft enttäuscht wurden. Rowates ist eine Industrie- und Arbeitergemeinde, und deshalb kommt diesen Wahlen besondere Bedeutung zu. Die Unabhängigen waren sich darin absolut sicher, daß die Arbeiterklasse sich zu ihnen hielt, aber diese hat gegen sie entschieden. In allen Bezirken wurden die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei mit großer Mehrheit gewählt. Auf die Kandidaten der Unabhängigen entfielen 245, auf die Kandidaten der Soz. Partei 226 Stimmen.

Für die Reichstagsabgeordnete Emma Jant, Müller am Mittwoch und Donnerstag in zwei Part. Versammlungen in Blonitz und Jandow unter lehrhaftem Beifall sprach. In beiden Versammlungen wurde seine Rede mit großer Begeisterung aufgenommen. Er forderte die Arbeiterklasse auf, sich gegen die Vorlage zu wehren.

Westlicher Kriegsschauplatz, 12. März. (Amtlich.)

Die feindliche Artillerie ent- wickelt am frühen Morgen an vielen Stellen der Front, namentlich zwischen der 9. und 10. Armee, rege Tätigkeit. Auch in den Abendstunden lebte der Feuerkampf vielfach auf. Im Vorfeld der beiderseitigen Stellungen kam es zu kleineren Infanteriegefechten.

Das Feuer englischer Artillerie auf rückwärtigen Ort- schaften forderte zahlreiche Opfer unter der französischen Besatzung. Auch Cambrai erhielt mehrere Schußschweren Kanonen.

Zur Vergeltung für feindliche Fliegerangriffe am 8. und 10. März auf Eintracht, Ehligen, Norderlöhren und Mainz haben unsere Flieger in letzter Nacht Paris ausgiebig und erfolgreich mit Bomben belegt.

Leutnant Freiherr von Richtigshofen erlangte seinen 27. Geburtstag.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Berlin, 12. März, abends. (W. L. W.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 12. März. (Amtlich.) Keine Ereignisse.

Feindlicher Kriegsbericht.

Der französische Seeresbericht vom 11. März nach- mittags meldet: Vielfach Vorpostenunternehmungen. Auf dem Mittelmeer wurde ein doppelter Anriff mit besonderen Sturmtruppen gegen die französischen Stellungen am Gans- berge und am Loten Ranne überall zurückgeschlagen.

Die Bomben in Paris.

Paris, 12. März. (Agence Havas.) Amtlich wird ge- meldet: Ein feindlicher Fliegerangriff fand heute statt. Das Signal wurde um 9 Uhr 10 Minuten abends gegeben. Sieben Geschwader waren gemeldet, die sich auf Paris zu be- wegten. Um 10 Uhr 15 Minuten wurden an mehreren Punkten Bombenabwürfe festgestellt. Menschenverluste und Sach- schäden wurden verursacht.

Paris, 12. März. (Amtlich.) Der Alarm endete um 12 Uhr 15 Minuten nachts. Nach dem ersten Bericht gelang es etwa 60 feindlichen Fliegern, die Linien zu überfliegen. Dank dem Sperrfeuer der Artillerie, das während der ganzen Dauer des Angriffes mit großer Heftigkeit unterhalten wurde, konnte eine gewisse Anzahl Flugzeuge ihre Ziele nicht erreichen. Immerhin wurden zahlreiche Bomben sowohl auf Paris wie auf die Bananen abgeworfen. Mehrere Gebäude wurden zerstört oder fingen Feuer. Die Zahl der Opfer ist aber noch unbekannt, sie wird bekannt gegeben, sobald die Berichte eingegangen sein werden. Ein „Gotha“ wurde fünf Kilometer von Chateau Thierry brennend abgeschossen. Die Belagerung ist gefangen. Der Hauptmann, der das Flugzeug führte, geriet dem 3. Geschwader der 7. Armee an.

Genf, 12. März. Das Blatt „Suiffe“ meldet aus Paris: Der deutsche Luftangriff hat großen Materialschaden in Vincennes, den nördlichen Vororten von Paris, dem 18. Arron- dissement und dem Obernordquartier angerichtet. Die Rue Drouot wurde besonders heimgesucht. Passanten wurden dabei in einem Bombentrichter getödtet.

22700 Tonnen.

Berlin, 11. März. (Amtlich.) Ein unserer U-Boote Kommandant Kapitänleutnant von Glanewald, hat an der Westküste Englands fünf Dampfer und einen Sealer mit insammten 22700 Brutto-Registertonnen Schiffsräum ver- zichtet.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich drei be- sonders wertvolle Dampfer von je 9000 Brutto- Registertonnen. Drei von den fünf Dampfern waren Tank- dampfer. Alle Dampfer waren bewaffnet und mit einer Aus- nahme tief beladen.

Namentlich konnten festgestellt werden: der bewaffnete englische Dampfer „Vichleaf“, 8847 Brutto-Registertonnen, der nach der Torpedierung mit Artillerie in Brand geschossen und dessen Kapitän gefangen einbracht wurde und der eng- lische Dampfer „Gallienburay“, 2838 Brutto-Registertonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Unter den Dolomiten.

Roman von Antonia Zellmann.

Ein leises Zittern hatte den Rindch bei ihren Worten überlaufen. Sein Blick streifte sie, aber sie hatte ihm auch jetzt ihre Augen nicht angewandt, die immer vor sich hinaus ins Leere blickten. Nun fragte er stöhnend: „Und Sie haben sich noch nicht entschieden?“ „Nein“, sagte sie, wieder erst nach einer Weile. „Ich habe geglaubt, daß gerade diese Zeit, die Ihnen das Schwere gebracht, Ihren Sinn auf die einzige Hilfe lenken würde. Frau Gräfin, die Menschen werden kann, wenn Gram und Verzweiflung sich in Ihren Herzen einnistet und sie zerbrechen wollen.“ „Ich habe in dieser Zeit nicht denken können“, ver setzte sie, „nicht darüber und über nichts. Es ist alles tot in mir gewesen, tot und begraben. Was man mit meinem Rinde für mich begeben hat, Vater Innocenz, das war mehr als dieses Kindes Liebe und seine rührende Gürtlichkeit, seine Schönheit und Güte und alles das, was es für die Zukunft verbrach und was es mir war: mein Halt, meine Hoffnung, das Band, das mich ans Leben — an dies Leben, Knäpfe, welches ich führe. Mehr, viel mehr. Soviel ist ein Kind nie für seine Mutter gewesen und konnte es nicht sein. Ein Stüb- meiner selbst ist mit ihm gestorben und bestattet und kann nie wieder auferstehen. Und der Rest, der geblieben ist — denn es war das Beste, das ein gutes Stüb- meiner sein kann — das mit Konrad in die Grube verbracht worden ist — was soll dieser Rest? Ich fühle mich losgerißt von allem, was mir bisher als fest und unumstößlich gegolten hat, der Boden selber, auf dem ich gestanden habe, ich wandte unter meinen Füßen. Alles um mich her ist ins Wasser ge- raten, ich finde keine Stütze mehr. Ich bin wie in eine neue Welt verlegt worden, wo ich keinen Menschen kenne, wo ich keinen Fußbreit Erde mehr kenne, auf der ich wandle. Ich bin ein fremder geworden und taufe mit den Händen in der Luft umher, um nach einem Halt zu suchen damit ich nicht stürze. Es bricht und fällt alles vor mir und hinter mir. Ich bin allein und bin als ein neuer Mensch aus den Mauern her- vorgegangen, aus denen man den Gorg meines Knaben er- tragen hat. Wie können Sie von mir verlangen, daß ich mich in der neuen Welt, in die ich so verlegt worden bin, schon so schnell zurechtfinden sollte? Daß ich schon wissen sollte, welchen Weg ich darin einschlagen habe und ob es darin überhaupt noch einen Weg für mich gibt? Wie hat die Welt an ein unbekanntes Land verlegt, wie? Ich einmal bestim-

Die Bemannung des „Gerablers“. Die Besätze von Schiffe haben die Bemannung des „Gerablers“ bei der Ankunft in Valparaiso interniert und ihre Waffen konfiskiert. Dem „Times“-Berichterstatter zufolge wird die Bemannung inter- niert und so behandelt werden, wie es Schiffbrüchigen zu- kommt.

Einberufungen in England. Die englische Regierung hat beschlossen, 50 000 unverheiratete Kohlenbergleute unter 25 Jahren auszuheben, die für den allgemeinen Dienst tauglich sind. Eine Mitteilung hierüber ist an den Sekretär des Bergarbeiterverbandes gerichtet worden. Die Befreiungs- zeugnisse, die bisher im Besitze solcher Leute waren, sind zurück- gezogen worden.

Die deutsche Hauptflottemacht in Ostafrika befindet sich nach dem englischen Seeresbericht noch nördlich vom Daris. Das außergewöhnliche Hochwasser des Sambesi fällt.

Brusslow freigesprochen. Der General Brusslow, der sich dem revolutionären Kriegstribunal gestellt hat, wurde, wie aus Moskau gemeldet wird, freigesprochen.

Politische Uebersicht.

Eine kurze Antwort.

454 evangelische Pfarrer und Superintendenten rüchtrittlicher Gesinnung haben an den Kaiser eine „Chronikgabe“ gegen das gleiche Wahlrecht gelangt, weil sie befürchten, daß damit die Herrschaft der Kirche über die Schule gefährdet wird. Sie schreiben unter anderem:

Die untertänigst Unterzeichneten 454 evangelischen Geist- lichen aus der Provinz Westfalen sind von ernster Sorge um die Erhaltung der von Eurer Majestät allezeit gewollten und huldvollst geförderten christlichen Lebensauffassung weiter Schichten des deutschen Volkes erfüllt.

Sie befürchten mit aller Bestimmtheit durch die Einfüh- rung des gleichen Wahlrechts eine so starke Vermehrung der der christlichen Religion gleichgültig oder gar feindsichtig gegenüberstehenden Elemente in der preussischen Volksver- treterung, daß die Erhaltung der konfessionellen, d. h. der christ- lichen Volksschule aufs äußerste gefährdet wird.

Damit würde das wirksamste Mittel zur christlichen Er- ziehung der Jugend hinfallen. In teilnehmender Ueberzeugung daß alles dies Eurer Majestät höchstschmerzlichen und so oft dankbar empfundenen tieftelndsten Staats- und Lebensauf- sichtigung nicht entspricht wenden sich die Unterzeichneten an den Eurer Majestät in der preussischen Landespolitik mit der alleruntertänigsten und vertrauensvollen Bitte: Eure Majestät möllen huldvollst geruhen, alles, was in Eurer Majestät Macht steht, zu tun, um die konfessionelle Volksschule zu erhalten.

Eurer Majestät gehorsamste und treueste Diener.

Darauf ist die folgende kurze Antwort eingelaufen:

Großes Hauptquartier, den 28. Februar 1918. Euer Hochwohlgeboren teile ich ergebenst mit, daß Seine Majestät der Kaiser und Königin von der eingereichten Chronik- eingabe der 454 evangelischen Geistlichen der Provinz Westfa- len vom 19. Februar d. J. in Sachen der Wahlrechtsvorlage Kenntnis zu nehmen geruht haben. Seiner Majestät liegt die Erhaltung der christlichen Volksschule warm am Herzen.

Der Geheimen Kabinettsrat v. Ferg, Wirklicher Geheimrat.

Weiter nichts.

Hausbesitzer gegen das gleiche Wahlrecht. Der preussische Landtagsverband der Haus- und Grundbesitzervereine, der in Berlin seine Verbandstätigkeit begann, sprach sich — und kein Mensch hat etwas anderes von ihm erwartet — gegen das gleiche Wahlrecht in den Gemeinden aus. Hauptredner war der freikonservative Landtagsabgeordnete Dr. Dreht, Hauptargument, daß das gleiche Wahlrecht zu einer Herrschaft der Parteipolitik in den Gemeinden führen würde. In einer Entschlieung wurde ausgesprochen, daß der Einfluß nach den Leistungen bemessen werden müsse. Da werden die Hausbesitzer schlecht wegkommen, denn was für eine Leistung ist denn das, wenn einer ein Haus besitzt?

Dann sprach man sich für Hausbesitzerkammern und für die Vertretung der Hausbesitzer im Herrenhause aus. Interessant wäre dazu eine statistische Feststellung, wie viele der Herren schon jetzt nicht Hausbesitzer sind.

heimlich werden? Gibt es da eine Raft und gibt es da Frie- den für mich? Ich weiß es nicht. Wie sollt ich es jetzt schon wissen?“

Innocenz hatte ihr mit steigender seelischer Erregung zu- gehehrt. Bisher hatte er an das nicht geglaubt, was Gräfin Theodora ihm gesagt hatte, jetzt plötzlich klagte er mit einer Hoffnung, die ihn fast blendete, vor ihm auf. „Unwürdige Gräfin“, rief er ausbrechend, „jetzt sind Sie auf dem wahren Wege zum Heil, jetzt glaube ich, daß Sie Gott finden und daß Ihnen Trost werden wird. So hat es kommen müssen!“

Darauf gab sie keine Antwort mehr. Nur zwischen ihren Brauen hatte sich mirren auf der Stirn eine Falte gebildet und ihre Lippen zuckten. Dann sagte sie plötzlich: „Sprechen wir jetzt nicht davon! Können Sie nicht daran! Ich kann nicht — jetzt nicht.“ Sie atmete schwer. Und mit einer plötzlichen Wendung sah sie ihm drehend, sagte sie rasch hinzu: „Sie haben vorher gerächelt, nicht wahr? Lassen Sie es mich doch sehen. Ich möchte wissen, wie Sie diese Welt hier um uns aufpassen, mit welchen Augen Sie sie betrachten!“

Es war etwas Revolv-Haftiges in ihren Bewegungen, mit denen sie das Buch aus seinen Händen entgegennahm und es aufbitterte. Er hatte es ihr nur zögernd gereicht. Sichtlich wollte sie von dem bisherigen Gespräch ablenken, sich selber von dem Gedanken befreien, den sie fast wider Willen eingeschlagen. Sie betrachtete das Blatt, an dem er heute und hier gearbeitet hatte, mit Aufmerksamkeit. Dann sagte sie: „Eine überaus schönere Zinnschrift. Man begreift nicht, daß Sie ganz ohne Schule sind, wenn auch einiges den Anfänger verrät. Und eine Genauigkeit in diesen Nützligen und doch so sicheren Strichen, die das Charakteristische der Gegend geradezu frappant wiedergeben.“ „Wissen Sie auch, daß Sie ein großes, ungewöhnliches Talent besitzen, Vater Innocenz? Wenn das ausgebildet würde, Sie könnten —“

Sie brach wie sich besinnend mitten im Satz ab, und er entgegnete mit rot überloderter Stirn in halber Verlegen- heit: „Ich bin ein Rindch, Gräfin.“

Sie nicht antwortlos und blätterte weiter. Nun traf sie auf eine Stelle Filomenas, betrachtete sie eine Weile halb erkannt, halb gefesselt und sagte endlich, ohne anzudeuten: „Vorzüglich! Ganz vorzüglich! Wer ist das Mädchen?“

„Filomena Winger aus Moosbrunn.“ Er sprach von seinen Lippen.

„Selbst“, machte sie, immer noch das Bild betrachtend, „ich finde eine gewisse Ähnlichkeit zwischen den Zügen dieses Mädchens und Ihren eigenen. Ich hätte denken können, daß es eine Schwester von Ihnen sei, die Sie hier gezeichnet haben. Wahrhaftig ja!“

Die sibelet Polizei.

Es berührt immer wohlthuend, wenn man sieht, wie die kleinen Mitmenschen es verstehen, sich die schweren Seiten so angenehm wie möglich zu machen. Nicht die Kopfhängen, sondern die glücklichen Naturen, die allen Dingen die vergnüg- liche Seite abzugewinnen verstehen, werden die Maßstäbe des Lebens am besten ertragen. Das sollte dem Volke von oben herab einmündlich gepredigt werden. Am besten wäre es, wenn jede Behörde nachfolgendes bestrafen und den braven Bürgern ebenfalls mit gutem Beispiel vorzugehen wollte. Das „Oberschlesische Wanderer“ berichtet:

Am Mittwoch mittag kam vor einer Weinhandlung auf der Friedrichstraße in Kottow ein Wagen an, der einen Polizeikommissar aus einer benachbarten großen Stadt und dessen Assistenten (einen jetzt im Hilfsdienst beschäftigten Kaufmann) mitbrachte. Nach einigen Minuten wurde der Wagen von einem anderen Polizeikommissar und Unterbeamten so beengt, daß er in den Wagen gehoben werden mußte, wobei der in Uniform befindliche Polizeikommissar hilflos die Hände bot. Damit nicht genug. Eine Stunde später kam der selbe Wagen vor einem Hotel einer benachbarten Stadt, wo die betreffenden also weiter gefeiert haben mußten. Denn am Abend traf es sich, daß der selbe Polizeikommissar in einer Weinhandlung derselben Stadt wieder gefeiert wurde. Und zwar war dieses barmherzigen Wert, als er erst nach 1 1/2 Uhr die betreffende Weinhandlung verließ, nachdem es einigen anderen Gästen gelungen war, in die bereits verschlossene und nach außen ver- schlossene Weinhandlung einzudringen. Nachdem der Polizei- kommissar gegangen war und nachdem die übrigen Gäste durch unwillige Bemerkungen des Einbringens der anderen Gäste irritiert hatten, erklärte die Wirtin, der Herr Polizeikommissar habe eben durch seinen Beamten sagen lassen, daß nichts mehr verkauft werden dürfe. Daraufhin entfernten sich die Neulinge gekommenen in aller Eile, weil sie ohnehin nur eine Unterkunft bis zum Abgang des Buses nach Kottow gesucht hatten. Die anderen Gäste blieben aber im Lokal. U. a. war das Pöflet dicht mit Gästen umstellt, die dort die Zeit vertrieben, indem sie über die Enthüllung mit dem von Kottow nach der Polizeistunde Betrachtungen an- stellten.

Soweit die Vorgänge, die sich zuletzt in Kottow ab- abgespielt haben. Es liegt ja im Interesse der Polizei, eine Untersuchung anzustellen.

Vor etwa drei Wochen wurde der selbe Unterbeamte des Polizeikommissars auf der Kaiserstraße in Kottow wegen nachlässiger Aufheftung verhaftet, weil er unberechtigter Weise Führer anhielt und den Beamten Schwierigkeiten machte.

Raum 20 Minuten nach der Verhaftung war der be- treffende Kaufmann und Beamte wieder entlassen. Wieder etwas später sah man dann denselben Polizei- kommissar mit dem Beamten, der seinen „Assistenten“ verhaftet hatte, derselben Weinhandlung zufliehen, in der sich am Mittwoch die oben geschilderte Szene abspielte. Und wieder etwas später kam der betreffende Hilfsdienstpflichtige „Assistent“ des Kommissars aus derselben Weinhandlung heraus und ver- urteilte in angetrunkenem Zustande weiter seinen Darm auf der Straße.

Der Gewährsmann des „Oberschlesischen Wanderers“ sagt entrüstet bei: „Warum das hier erzählt wird? — Weil die- ses sein muß und weil man in weiten Kreisen der Of- fentlichkeit Anstoß daran nimmt.“

Wir finden diese Auffassung nicht besonders verständlich. „Wer niemals einen Kanak gehabt, der ist kein braver Mann“, flugt der Dichter. Je besoffener also, um so braver.

Schweidnitz, 11. März. Wieder sehr gemessen wurden 2 englische Offiziere bis aus dem hiesigen Offizierskasernenlager entlassen waren. Die beiden Rück- fänge, die Zivilkleidung trugen, ließen sich durch eine andere Person fahrten nach Dognitz geben. Der Fahrtenaus- geberin kam die Sache verdächtig vor und machte der Bah- hofsbehörde Meldung.

Greiffenberg, 12. März. Selbstmord. Der Zeitungsaufseher D. aus Cyprienental wurde auf der hiesigen Bahnmeierei tot aufgefunden. D. hatte sich mit Leuchtgas vergiftet.

Steinwisch, 12. März. Aus Freude gestorben. Der 60 Jahre alte Postkretzer Karl Jitow sei hatte die uner- wartete Nachricht erhalten, daß ihm eine große Erbschaft zu- gefallen sei. Er starb vom Schlage getroffen tot auf dem

kommen zumute geworden. Wie mit Vergessen lag es auf seiner Brust. Manchmal war ihm schon selber der Gedanke aufgefallen, daß er ein Kind dieses Tales sein könne, da ja die Dolomiten in seine Kinderbeim hineingebildet hatte. Jetzt fiel ihm schwer wachend der Gedanke auf die Seele: „Wenn Filomena meine Schwester wäre!“

Die Gräfin fragte währenddessen: „Ein Mädchen von der Bahn? Aber so sehen doch unsere Diener hier nicht aus. Das ist keine Bauerndiener.“

Sie ist die Pflegerin des Wehners von Moosbrunn. Donata blühte untermannt auf die Zeichnung. „Welch ein feines und gutes Gesicht! Welch eine Vertraulichkeit in diesen Zügen! Das ist in der Tat ein Mädchenkopf von sel- tenem Liebreiz und man kann sich nicht satt daran sehen. Wie viele große Meister würden Sie um solch ein Modell benehden! Es zeigt schon viel von künstlerischem Verständnis, daß Sie es so finden können.“

Sie blätterte weiter, während er schwieg, und traf auf eine zweite Skizze Filomenas. Bekannt blühte sie auf, wie ein unruhiger Fisch freute ihn. Ihre Finger zitterten, als sie weiter die Seiten des Buches umschlug. Und immer wieder fand sie die Bilder Filomenas, das ganze Stiegenbuch schien damit gefüllt zu sein. Revolv- schlug sie es zu. Dann ließ sie ein langes, poetisches Buch aus. „Dieses Mädchen scheint Ihnen nahe zu stehen, Vater Innocenz“, sagte sie vorüber- lich, in maßlos verhaltenen Aufregung und mit unbestimmten höflicher Witterung. „Sie ist offenbar das einzige Modell, das Sie hier fanden, und Sie haben es trefflich zu nutzen gewußt.“

„Sie müssen sich wohlensam mit nicht anderem beschäftigen haben. — Man könnte glauben, daß Ihnen dies Mädchen nicht sei als ein Modell.“

„Ein Modell?“ Sie er- „...“, das gewiß war, „ich bin ein Rindch.“

Er war unwillkürlich in die Höhe geh- und auf sie hatte ihren Blick verlagert. „Ja“, sagte sie, „und ich bin glücklich. Sie werden es mir glauben lassen. Man kann es manchmal vergessen.“

Sie hatte die Hand an ihre Wange gelegt und konnte also die Flamme nicht nicht auslösen. Die Hand sein Modell gelobt war. Sie hatte die Lippen fest geschlossen und die Augen geschlossen. „Das Stiegenbuch und quackend, habe sie ihre Hoffnung wiedergegeben. Das sie noch nicht blühte auf, sondern sie immer noch den Namen der Winger aus Moosbrunn. Sie hat sie in dem Buch nicht mehr, wo sie gelassen hatten. Sie haben sie nicht gesehen. „Lassen Sie es gehen.“

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. März.

Ueber die Handhabung des Belagerungszustandes

In Gebiete des sechsten Armeekorps wird bei der Sitzberatung im Reichstag der Abgeordnete Bauer-Breslau, über die Genjur Seine-Berlin sprechen.

Zucker für die Säuglinge.

In Breslau erhalten die Säuglinge bis zu 1 1/2 Jahren eine Zuckergabe von monatlich 1 1/2 Pfund. Im ganzen bekommen diese Kinder also monatlich 3 Pfund Zucker. Aus der Provinz werden wir nun häufig von Müttern gefragt, ob nicht auch in ihren Orten die Säuglinge eine Zuckergabe von 1 1/2 Pfund erhalten müssen. Darauf ist zu sagen, der Oberpräsident von Schlessien hat unterm 10. Januar 1918 angeordnet:

Für Säuglinge sind mindestens 30 Gramm, möglichst aber 50 Gramm Zucker täglich zuzuteilen. Die hierfür erforderlichen Mengen müssen der Reserve der Kommunalverbände entnommen werden.

In Breslau geschieht das auch vom Magistrat, was der Oberpräsident fordert. Die Säuglinge bekommen nicht nur die 1 1/2 Pfund Zucker, die jedem Einwohner zugemessen sind, sie erhalten auch noch eine Zulage von monatlich 1 1/2 Pfund, die der Oberpräsident als wünschenswert bezeichnet. Aber drängen in den Städten der Provinz und in den Dörfern, da wird oft den Säuglingen eine Zuckergabe von 1 1/2 Pfund nicht gegeben, und die Mütter sind damit nicht zufrieden.

Aus der Anordnung des Oberpräsidenten geht hervor, daß die Säuglinge in jedem Falle monatlich 1 1/2 Pfund und eine Zulage von 5 Gramm täglich (monatlich 150 Gramm), im ganzen also monatlich mindestens 200 Gramm Zucker bekommen müssen. Wo das nicht geschieht, kann den Frauen nur empfohlen werden, sich beim Landrat oder Regierungs-Präsidenten zu beschweren. Darüber hinaus sollten allerdings die Gemeindeverbände selbst bemüht sein, den Säuglingen so viel Zucker zu geben, wie ihnen vom Oberpräsidenten empfohlen wird. Denn was den Säuglingen an Zucker mehr zuteilt wird, das kommt dem Gemeinwohl am besten zugute.

Rein zweites Puzgeld.

Im Herbst 1917 hat der Reichstag beschlossen, das Puzgeld solchen Mannschaften ein zweites Mal zu zahlen, die seit 1. Oktober 1915 eingezogen sind und noch unter den Fahnen stehen. Wie jetzt gemeldet wird, hat es der Bundesrat abgelehnt, ein zweites Puzgeld zu gewähren. Den Soldaten soll aber Puzgeld erstattet werden, das ohne ihre Schuld verloren gegangen oder unbrauchbar geworden ist. Die Entscheidung darüber hat der Kompagnieführer, der auch die Gegenstände anzufordern hat.

Sitzüge mit 4. Klasse.

In preussischen Landtage hat dieser Tage der sozialdemokratische Abgeordnete Genosse Deiner verlangt, die Sitzüge in den Waggon 4. Klasse zu enthalten. Der Eisenbahnminister merkte hierzu, es sei schon geplant, in die Sitzüge auch Waggon 4. Klasse aufzunehmen. Die halbamtliche Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt jetzt, daß die Eisenbahnverwaltung eine Anordnung beschließen wird. Es sei dies die Aufnahme der 4. Klasse in Sitzüge, soweit diese weite Strecken z. B. Berlin-Oberschlesien, Berlin-Mühlrose, Berlin-Frankfurt (Main) durchfahren. Es soll auch den Reisenden der minderbemittelten Kreise die Möglichkeit geboten werden, weite Reisen in kürzerer Zeit zurückzulegen. Im allgemeinen sollen Sitzüge nur noch auf mittlere Entfernungen, etwa bis zu 250 Kilometer, gefahren werden und dann grundsätzlich nur die 2. und 3. Klasse fahren.

1. Volkskonzert.

Die Gattung von musikalischen Veranstaltungen hatte (so wurde früher behauptet) den Zweck, breitere Schichten der Bevölkerung mit den besten Werken hervorragender Tonsetzer bekannt zu machen, sie in erster Reihe zu belehren, in zweiter Reihe zu unterhalten. Es wurde damals bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß es nicht genügt, diese Stücke auszuspielen und zu spielen, sondern auch erläuternde Beiträge, wie Jahre der Entstehung, Lebenszeit der Komponisten, Erklärung von Fremdwörtern, kurze Inhaltsangabe der Programme, Musik im Kluge seien. Diesen Hinweisen wurde bisher so gut wie gar keine Beachtung geschenkt. Die Konzerte fanden vor Stühlen statt, sodaß von vornherein für eine gewisse Aufmerksamkeit Garantie geboten war. Am Sonnabend waren im Schießwerber-Tische aufgestellt und auf der Galerie spazierten während der Vorträge, ungeniert räumend, junge Leute mit ihren Damen, plaudernd und lachend laut, Kellner mit knurrenden Stiefeln — Kellner haben merkwürdiger Weise stets Ruhe geboten werden mußte. Und vor solch einem Publikum spielte Dollé Or. in Straßburg das Klavier-Konzert von Grieg, eines der unanfechtbarsten Stücke dieser Gattung, das höchstens den Fachmusiker interessiert und dem Laien fast unverständlich bleiben muß, zumal er von nordischer Musik eine Ahnung hat und nicht einmal aus dem Programm erschließen konnte, daß es nordische Musik ist. Grämlich strich er die ledige das Konzert notengetreu, ohne das hineinzuweisen, was vielleicht ein Volksmusiker gekonnt hätte. Weit besser gelang ihr ein dem Laienverständnis ebenfalls wenig entgegenkommendes Nocturno von Chopin und sehr gut spielte sie die von etwas abgehandene Nocturno-Paraphrase von Liszt. Für den Parken Befall dankte sie durch Zugabe des (kleinen) Asur-Walzers von Chopin. Dem Klavierkonzert folgte die bekannte Parodie auf die Schreibweise berühmter Meister über „Kommt ein Vogel geflogen“, wohl nur ein verfrähter, aber unpassender Aprilscherz der Veranstalter, und dieser Parodie die Tannhäuser-Overtüre von Wagner III. Wird denn in solches Volkskonzert-Programm nicht von jemandem revidiert, der Sinn und Verständnis für die so notwendige Wirkung des Volkes hat? Das wäre doch eine dringende Notwendigkeit, es muß sich mit einer ernsthaften Besprechung der gedienten Leistungen beschäftigen. S. R.

Konzert.

Im Kammermusiksaal musizierten am Dienstag die Damen Jadwiga Sidorsta und Stephanie Stockbrecher auf zwei Klavieren. Diese Art scheint jetzt wieder Mode werden zu wollen, obwohl ein direktes Bedürfnis hierzu keineswegs vorliegt; im Gegenteil: man ist mitunter froh, wenn nur ein Klavier auf dem Podium steht. Zweifellos hat jener Mikbold recht, der da sagt: Das Klavier ist die Rache des Elefanten, dafür, daß man ihm die Strohähne genommen hat. Was sind dann aber zwei Klaviers? Wenn aus ihnen das pathetische Konzert von Liszt gespielt wird, ein an Seiten ebenso reiches wie an Gedanken armes Stück, bilden sie eine Tortur für die Hörer. Auch wenn es so gut gespielt wird, wie von den Konzertgebern, die außerdem noch mit Schumanns Variationen und dem Ebur-Rondo von Chopin aufwarteten. Da ich nicht das Vergnügen persönlicher Bekanntschaft habe, so kann ich nur sagen, daß die Dame mit dem schwarzen Haar die gewandtere Technik, die Dame mit dem blonden Scheitel aber den schöneren Anschlag hat und das letztere Moment wirkte bei dem Zusammenstoß wohlthuend. Zwischen den Klavierstunden sang Jul. Hedwig Hägel, von Herrn Dr. Aron ausgezeichnet begleitet, mit sympathischer Stimme, gutem Ausdruck und vorzüglichem Textausdrucke Lieder von Schubert (als letzte Gabe: Die Unter-scheidung), Bez. Fiedl und Wolf (das „Eisenlieb“ des letzteren war zu langsam). Auf reichen Beifall dankte sie mit Rogers reichendem „Maria Wiegenslieb“. S. R.

Aus aller Welt.

Was noch heute möglich ist. Aus Rom wird vom 12. März gemeldet: Heute vormittag hat die Kongregation der Mission eine Sitzung abgehalten, um die Prüfung zweier durch die selige Frau von Orleans erwarteten Sünden vorzubereiten, welche zur Grundlage ihrer Heiligsprechung gemacht werden sollen. Die klugen Herren in Rom werden der Johanna schon den Gefallen tun. Das wird immer sehr ansehnlich auf gewisse Leute, die nicht alle werden. Was sagen aber die englischen Katholiken dazu? Sie haben doch Johanna als Heilige verehrt. S. R.

Kriegsorgen der Beamenschaft.

(Ein Kapitel für den Eisenbahn-Minister Breitenbach.)

In einer Versammlung des Ausschusses für Kriegsaufklärung sprach am Freitag abend Oberpostschaffner Kapelle über: Kriegsorgen der Beamenschaft. Der Krieg mit seiner großen Teuerung hat alle Schichten der Bevölkerung schwer getroffen. Besonders schwer zu leiden hat aber der unverschuldete Mittelstand. Schon vor dem Kriege war die Lage der Beamten nicht gerade die beste. Nun doch ist die Grundlage aller Moral eine genügende Existenzmöglichkeit. Leider ist dieser Kreis der Beamenschaft zum großen Teil recht gering, zumal viele von ihnen erst im vorgerückten Alter mit ihrer Anstellung rechnen können. Bei den höheren Beamten leiden viele Verufe an Neberfällung. Wenn der höhere Beamte nicht reiche Eltern hat, oder sich sehr gut verheiratet kann, ist er nicht zu beneiden. Mittellose höhere Beamtenfamilien führen ein Leben vollständiger Entbehrungen. Auch die mittleren Beamten haben unter Neberfällung der Verufe ganz erheblich zu leiden.

In der traurigsten Lage befinden sich die unteren Beamten. Sie sind heute nicht mehr imstande, sich die rationierten Waren zu kaufen. Viele von ihnen sind unter das Niveau der Arbeiter gesunken.

Vor Ausbruch des Krieges hatten schon fast alle Frauen der Unterbeamten einen Nebenverdienst, der im Laufe des Krieges wegen Stoffmangel usw., wegiel. Redner zeigt dann an Beispielen, wie die Arbeiter heute bedeutend mehr Einkommen haben, wie die Unterbeamten. Hier mußten allen Umständen Abhilfe geschaffen werden. Die im vorigen Jahre gewährte Teuerungszulage kam viel zu spät, da die Beamten schon sehr stark in Schulden fielen. Die zehnprozentige Lohn-erhöhung hat sehr viel Unwillen erregt. Denn bei dieser Zeit der Lohnschneidung sind die unteren Beamten wieder am schlechtesten weggekommen. Verschiedene Organisationen haben versucht, ihren Einfluß auf die in Aussicht stehende Neuordnung der Besoldungsfrage geltend zu machen.

Als ein großer Fortschritt im Kriege ist es zu betrachten, daß das Organisationswesen einen großen Aufschwung genommen hat. 600 000 Angehörige der mittleren und unteren Beamenschaft haben sich zu einer großen Interessengemeinschaft zusammengeschlossen. Ein Existenzminimum muß den Beamten gewährt werden, da sonst zu besorglichen ist, daß die gewaltigen Entwürfungen, die innerhalb der Beamenschaft bestehen, dort Anschlag suchen, wo sie am meisten zu erwarten haben. Es muß vermieden werden, daß innerhalb der Beamenschaft Klassenkämpfe einreten.

Die schlechte Besoldung hat auch sonst noch recht viele Nachteile im Gefolge und nicht auch letzten Endes für den Staat. Erst im späten Alter ist es dem Beamten möglich zu heiraten, die Folge ist eine Beschränkung des Nachwuchses. Durch die langeschlossene Zeit findet man die Geschlechtskrankheiten sehr ausgebreitet. Beamtenfamilien mit vielen Kindern müßten bessere Wohnungsbedingungen zugebilligt werden.

Die Frage der Frauenarbeit im Beamtenberufe hat durch den Krieg ein anderes Gesicht bekommen. Waren sie vor dem Kriege nicht gern gesehen, so wurde ihre Arbeit während des Krieges zur Notwendigkeit. Es muß jedoch die Forderung sein: Gleicher Lohn für gleiche Leistung. Es wäre sonst ein ungleicher Wettbewerb, der zum Schaden der männlichen Beamenschaft ausschlagen würde.

Wir empfehlen die Ausführungen dem Eisenbahn-Minister zur genaueren Durchsicht. Er wird sich dann fragen müssen, ob er von seinen Regierungen gut unterrichtet war, als er am Montag im preussischen Landtage erklärte, von einer Ungleichheit der Beamenschaft wäre ihm nichts bekannt.

Ein Menschenfreund.

Unsere Mitteilung über die Schwierigkeiten für kinderreiche Familien, Wohnung zu finden, beantwortet ein Hausbesitzer in einem längeren, mit Schimpferelen reichlich gesegneten Schreiben wie folgt:

„Man kann doch unmöglich zu so viel Menschen noch sieben Schwindsuchtstribunaten in eine Wohnung nehmen.“

Daß der Vater dieser Schwindsuchtstribunaten das Land verteidigt und die Häuser der Herren mit, so daß sie nicht in Trümmer gelegt werden konnten, das hat den Wohlgelehrten nicht bedrückt.

* Zwiebellampen für Kriegsgemälde-Arbauer. Die Stadt-Halle für Gemüse und Obst hat sich bereit erklärt, aus dem von ihr beschafften Samenmengen eine ausreichende Menge von Zwiebellampen für Kriegsgemäldebauzwecke zu überlassen. Es handelt sich um Samen der Sorte „Weiße Zittauer Riesen“. Der Samen wird zum Höchstpreise abgegeben; es kosten 5 Gramm 0,70 M., 10 Gramm 1,40 M. Die Ausgabe erfolgt durch die städtische Gartenverwaltung, Breitenstraße 25, bei gleichzeitiger Bezahlung. Zum Bezug berechnen die von den einzelnen Kuratoren ausgeteilten Samengettel.

* Ein prächtiges Meteor wurde am Sonnabend, 7 1/2 Uhr abends, am Himmel in nordöstlicher Richtung beobachtet. Seine Bahn war von beträchtlicher Länge. Die Erscheinung endete mit einer lebhaften Explosion. — Auch in Miesitz war das prächtige Natur Schauspiel zu sehen.

* Wände. Unter dem Pferdebesitzer der Vereinigten Breslauer Baumaterialienhändler Schleierwerderplatz, ist der Ausbruch der Räube amtlich festgestellt worden.

* Straßensperrung. Der Schweidnitzer Stadtgraben zwischen Neue Schweidnitzerstraße und Salvatorplatz wird wegen Barmahme von Arbeiten an der Wasserleitung auf zwei Wochen für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

* Noch ein Verunglückter. Auf der Kralberrstraße ist am Dienstag abend 6 Uhr ein sechsjähriger Knabe überfahren und sofort getötet worden. Der Junge hat sich, wie das leider oft beobachtet werden kann, an die Deichsel eines Kollwagens gehängt, der an ein anderes Fuhrwerk angeloppelt war; er hat dann losgelassen und wurde von dem anhängenden Kollwagen überfahren. Der Kutcher des vorderen Wagens hat von dem ganzen Vorgang gewiß nichts bemerkt. Diesen Kutcher, sowie Augenzeugen des Vorfalls ersucht die Polizei, sich unverzüglich im Zimmer 47 des Polizeipräsidiums zu melden. Wie wir von anderer Seite noch erfahren, handelt es sich um den 6jährigen Sohn des Drechlers Rörber von Rosenstraße 22.

* Tot aufgefunden wurde am Montag in ihrer Wohnung Krakauerweg 13 die 66 Jahre alte Zimmermeisterwitwe Auguste Gregor. Wie ein Arzt feststellte, ist sie von einem Schlaganfall betroffen worden. Ihre Leiche wurde in das Schauhause überführt.

* Drei weiße Hühner mit ein Kaninchen haben Diebe in der Nacht zum 9. März aus einem verlassenen Stall in Rippert bei Breslau, und haben ihre Beute vermuthlich nach Breslau geschafft. — Aus einem Stall in einem Schrebergarten am Verlanerden Dehndamm (Noten Graben) sind in der Nacht zum 9. März durch Einbrecher sieben Hühner und drei Kaninchen gestohlen worden.

* Ein Pelz für 2000 M. gestohlen. In einer Wohnwirtschaft auf der Funtersstraße ist am 9. März ein Biberpelz im Werte von 2000 M. gestohlen worden.

* Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 8. März wurde eine verlassene Wäscherei im Hause Weisenburgerstraße 13 erbrochen und es fielen dem Diebe 100 M. in die Hände. — Aus einem verlassenen Keller im Grundstück Kriegerstraße 42 holten sich Einbrecher in der Zeit vom 8. bis zum 9. März eine Korbflasche mit zehn Liter Johannisbeerwein, einen Korb mit 10 Bäckgläser mit eingelegten Früchten und einen schwarz lackierten Metalltopf ohne Deckel.

* Einbruchsdiebstahl. Aus einem Geschäftsräume Auguststraße 12 sind in der Nacht zum 10. März eine Menge Zigaretten und Zigaretten im Werte von etwa 300 M., eine goldene Damenuhr mit kurzer Kette gestohlen worden. — In der Zeit vom 4. bis zum 8. März wurde aus einer Bodenlampe Kriegerstraße 4/6 eine große Holzke mit Kinderwäsche im Werte von 300 M. gestohlen. — In eine verlassene Wohnung Leuthnerstraße 3 ist ein Dieb eingebrungen, hat einen Schrank gewaltsam geöffnet und daraus 1200 M. in Papiergeld gestohlen. — An demselben Tage stahl ein Einbrecher aus einer verlassenen Wohnung im Hause Bärenstraße 40 ein Paar Herrenschuhe, 13 M. Geld und vier Schachteln Zigaretten. — In der Nacht zum 9. wurde an der Märktchenstraße ein Stall erbrochen und daraus vier Kaninchen und ein Huhn gestohlen. — Aus einem Keller Kriegerstraße 80 sind in der Nacht zum 11. März 1 1/2 Zentner Kartoffeln gestohlen worden.

Aus der Geschäftswelt.

In der Strohhutfabrik von Freund & Arndt, Kriegerstraße 30, beginnt mit dem heutigen Tage der Verkauf von Strohhüten jeder Art. Hüte zum Umformen werden angenommen. Die Verkaufsstämme sind von 8 bis 5 Uhr geöffnet. Fahrstraße im Hause.

Was ist eigentlich Wucher? Im November 1917 hat das Schöffengericht in Leer einen Gutbesitzer aus dem Rhein-berland wegen übermäßiger Preissteigerung zu 79 500 M. an Geldstrafe verurteilt, weil er 100 M. eigener Ernte zu 1200 M. an den Rentner verkauft hatte, der im Frieden etwa 12 M. der Zentner kostet. Auf die Verurteilung des Amtmanns und des Angeklagten hatte sich die Straf-kammer in Aurich mit der Angelegenheit zu befassen. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte in 10 Jahren gewo-tein sein könnte, daß der Preis von 1200 M. nach Lage der Sache berechtigt gewesen sein könnte und sprach ihn frei. Also der Glaube hat diesem Agrarier geholfen! Das ist ja recht erfreulich. Hoffentlich verliert ihn dieser vorteilhafte Glaube nie, wenn es krenzig wird.

Gedöner Ausschäfen. In Lemberg ist eine vereinigte Anzeigenerenz zusammengerufen, um zu der aber Odeffa und die Ukraine nach Galizien drohenden Verbreitung der Pest Stellung zu nehmen. Große Opfer hat diese Seuche bisher in Trapani und Batumi am Schwarzen Meere gefordert. Man befürchtet nun, daß sie bereits auch in Odeffa durch den aufgenommene Schiffsverkehr einge-schleppt wurde. Zunächst besteht die Gefahr, daß die Seuche auf dem Landwege durch die ankünftigen Ge-zebidetransporte von der Ukraine nach Galizien ver-breitet werden wird.

Verstorbene Verdierhunden. In einem Keller der hat für die Garzian bei in Bista. ... Verstorbene eines flechtenartigen Hautkrankheits geführt. Nur eine, besonders kontrollierte Karte haben hatten ... nicht werden. Es wurde beobachtet, daß die Karte Krankheit ein-fer der Hartnäckigen und Mit der eigentlichen hat die Krankheit wenig gemein.

Verstorbene Verdierhunden. In einem Keller der hat für die Garzian bei in Bista. ... Verstorbene eines flechtenartigen Hautkrankheits geführt. Nur eine, besonders kontrollierte Karte haben hatten ... nicht werden. Es wurde beobachtet, daß die Karte Krankheit ein-fer der Hartnäckigen und Mit der eigentlichen hat die Krankheit wenig gemein.

